WELTMACHT CHINA VOR DEM UMBRUCH?

Chinas Wirtschaftsboom lässt nach, das Wachstum ist so niedrig wie seit 13 Jahren nicht mehr. Der künftige Präsident Xi verspricht Reformen, doch das wird nicht reichen. Um den Wohlstand zu erhalten, muss die Regierung Kontrolle abgeben. Die Allmacht der kommunistischen Partei gerät ins Wanken. Wie stabil ist die Grossmacht China, ein kritischer Lagebericht.

| von Kurt Dubler

Viele Millionen Chinesen leben mit der Perspektive stetig wachsenden Wohlstands. Sie ist die wichtigste Klausel im ungeschriebenen Gesellschaftsvertrag zwischen Bevölkerung und Kommunistischer Partei. Zwar revoltiert das Volk gegen die grässliche Umweltverschmutzung, zwar bloggt es gegen die Korruption in der Spitze der Kommunistischen Partei (KP). Doch eine landesweite Revolution ist nicht in Sicht – solange die Wirtschaft stabil wächst. Jetzt stösst der Deal „Wachstum gegen Gehorsam" an seine Grenzen. China ist weit instabiler, als es im Ausland wahrgenommen wird.

Künstliches Wirtschaftswachstum

Um 7,8 Prozent hat das Bruttoinlandsprodukt im vergangenen Jahr zugelegt. Aus europäischer Sicht ein hoher Wert, aus chinesischer der schwächste seit 13 Jahren. Tendenz sinkend: In den ersten beiden Monaten des laufenden Jahres flaute das Wachstum der Industrieproduktion ab, die Inflationsrate stieg. Chinas Wachstum ist zudem schon jetzt künstlich hoch: Fast die Hälfte der Wirtschaftsleistung geht derzeit auf Investitionen zurück; in der EU sind es 20 Prozent. China dopt seine Wirtschaft mit billigen Krediten, mit staatlich verordneten Bauprojekten. Ohne diese wäre das Wachstum schon jetzt niedriger. Wer mit dem Zug durch das Land fährt sieht die Folgen dieses Wirtschaftssystems. Geisterstädte, Strassen ins Nichts, stillstehende Baukräne, die sich kilometerweit entlang der Bahntrassen aufreihen, prägen das Bild. Und im grössten Einkaufszentrum der Welt in Peking, mit einer Verkaufsfläche so gross wie 92 Fussballfelder – gähnende Leere.

Am Nationalen Volkskongress, in die Grosse Halle des Volkes, wo sich rund 3000 Abgeordnete aus dem ganzen Land in der Hauptstadt trafen, skizzierte Xi Jinping, der neue Präsident, wie die nächste Phase des Wachstums aussehen soll. Das Land, einst Werkbank der Welt, soll zusehends hochpreisige Markenprodukte erstellen. Der Binnenkonsum, der nur rund 35 Prozent zur Wirtschaftsleistung beiträgt, soll wachsen. Der Sozialstaat, der 12 Prozent des Haushalts ausmacht, soll ausgebaut werden. Die Korruption, die die Partei bis in die Spitze zersetzt, will Xi eindämmen.

Dilemma

Grosse Versprechen – die zeigen, in welchem Dilemma Chinas neue Machthaber stecken: Reformieren sie das Wirtschaftssystem zu langsam, wird das Wachstum abflauen. Dann könnten die 1,4 Milliarden Chinesen den Gesellschaftsvertrag aufkündigen und es drohen soziale Unruhen. Reformiert die KP das System zu schnell, ist ihre Macht ebenfalls bedroht. Denn viele der anstehenden Reformen bedeuten im Kern, dass die KP Kontrolle abgeben muss. Entsprechend schwer tut sie sich mit wirklichen Veränderungen.

Die Staatskonzerne. Immobilien- und Energie-Riesen, Industriegiganten und Grossbanken erwirtschaften rund 60 Prozent des chinesischen Bruttoinlandsprodukts; gut hundert Millionen Menschen beschäftigen sie; viele zentrale Sektoren der chinesischen Wirtschaft dominieren sie. Und vor allem tun die Staatskonzerne genau das, was die Partei sagt. Grosse Infrastrukturprojekte vorantreiben zum Beispiel, egal ob ökonomisch sinnvoll oder nicht, finanziert mit staatlichen Krediten. Staat und Staatskonzerne bildeten lange eine Symbiose. Nun stösst diese an ihre Grenzen. Denn die Staatskonzerne erwirtschaften noch immer einen beträchtlichen Teil ihrer Umsätze mit wenig fortgeschrittener Arbeit und passen sich nur schwerfällig an neue Marktbedingungen an. Hightech-Nation kann China nur werden, wenn der Staat die produktiveren Privatfirmen stärkt, sagen Ökonomen.

Unflexibles Finanzsystem

Dazu müsste zum Beispiel das Kreditsystem flexibilisiert werden. Derzeit haben Banken beim Zinssatz für Kredite nur wenig Spielraum, egal wie gross das Ausfallrisiko ist. Also gehen sie kein Risiko ein – und leihen ihr Geld fast ausschliesslich den Staatskonzernen. Privatfirmen, die mehr unternehmerisches Risiko eingehen, bekommen oft nur auf dem grauen Markt Kredit. Zu Wucherzinsen. Würde das Wirtschaftswachstum nachlassen, wären viele Privatfirmen pleite. Ihr kreatives Potential wäre weg, Innovation und Wachstum würden gebremst. Eine Lockerung der Kreditregeln

wird seit Jahren diskutiert, ist bislang aber nur in einzelnen Provinzen versuchsweise umgesetzt worden. Nicht zuletzt, weil die Regierung davor zurückschreckt, Staatskonzerne zu schwächen – und damit ihren eigenen wirtschaftspolitischen Einfluss.

Ähnliche Interessenskonflikte gibt es im Finanzsektor. Dort werden Geschäfte bislang so streng geregelt, dass es kaum attraktive Anlagemöglichkeiten gibt. Investoren wissen nicht, wohin mit ihrem Geld – und bunkern es oft einfach auf dem Konto. Das chinesische Finanzsystem ist dadurch unflexibel, es kann grosse Mengen Anlegerkapital nicht aufnehmen – was den Aufschwung bremst.

Peking zögert, das System grundlegend zu reformieren. Denn im bestehenden System kontrolliert die Regierung die Banken. Sie kann entscheiden, welche Projekte mit dem Geld der Zwangssparer finanziert werden und welche nicht. In einem freieren Finanzsektor hätte die Partei weit weniger Kontrolle über die Geldströme. Chinas Aufschwung geht mit einem Lohnschub einher. Jahr für Jahr steigen die Gehälter im zweistelligen Prozentbereich. Bis 2020 sollen sie sich nach Xis Willen noch einmal verdoppeln. Dadurch sinkt die Wettbewerbsfähigkeit der chinesischen Exporteure. Ausgleich soll ein verstärkter Binnenkonsum schaffen. Doch dafür muss sich das Wirtschaftssystem grundlegend ändern.

Fehlendes Sozialsysteme

Viele Pekinger sind junge, gut ausgebildete Chinesen: potentielle Konsumenten der Zukunft. Sie könnten mehr Geld ausgeben, doch sie leben bescheiden. Sie wissen: Wenn sie arbeitslos werden oder ihre Eltern krank, ist da kein Sozialsystem, das sie auffängt. Also legen sie viel Geld auf die hohe Kante. Das erklärt, warum die nationale Sparquote bei 40 bis 50 Prozent liegt. In der EU sind es 10 Prozent. Die Regierung hat begonnen, die Sozialsysteme auszubauen. So steigen die Ausgaben für das Gesundheitssystem im laufenden Jahr um 27 Prozent, auf umgerechnet rund 32 Milliarden Euro. Auch in anderen Bereichen – wie Rente, öffentlicher Dienst und Umweltschutz – steigt der öffentliche Kostendruck. Die Regierung muss immer mehr Geld aufwenden, um die Bevölkerung zufriedenzustellen. Ihr finanzieller Spielraum wird dadurch enger.

Chinas Regierung wird sich nur an der Macht halten, wenn sie Kontrolle abgibt. Wenn sie die Rolle des Staates neu definiert. Das wirft grundlegende Fragen auf: Wie frei, privat und unreguliert kann die Wirtschaft in einem Ein-Parteien-Staat überhaupt sein? Ökonomen, vor allem ausländische, sagen: Eine solch fundamentale Umstellung des Wirtschaftssystems setzt eine politische Reform voraus. Sie ist nur möglich, wenn sich die Regierung dem Rechtsstaat unterwirft.

In der KP scheint man das anders zu sehen: Als Xi kürzlich durch Chinas Süden reiste, soll er den Allmachtsanspruch der KP klar betont haben. Er erinnerte demnach im kleinen Kreis an den Zerfall der Kommunistischen Partei in der Sowjetunion. Und mahnte: Etwas ähnliches dürfe sich in China auf keinen Fall wiederholen. ◀